



DIENSTVEREINBARUNG BESCHÄFTIGTEN-DA- TENSCHUTZ

DV Beschäftigtendatenschutz

Dienstvereinbarung zum Beschäftigtendatenschutz im ZDF innerhalb und außerhalb von IT-Anwendungen

zwischen

**dem Personalrat der Zentrale sowie
den Personalräten der Studios**

und dem

**Zweiten Deutschen Fernsehen,
Anstalt des öffentlichen Rechts
(ZDF)**

Präambel

- (1) Diese Dienstvereinbarung dient der Wahrung der schutzwürdigen Interessen der Beschäftigten, insbesondere des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten innerhalb und außerhalb von IT-Anwendungen durch das ZDF.
- (2) Sie soll Handlungssicherheit für einen rechtskonformen, sicheren und nachhaltigen Beschäftigtendatenschutz schaffen und die Persönlichkeitsrechte aller Beschäftigten wahren. Insbesondere soll sie sicherstellen, dass personenbezogene Beschäftigtendaten nur unter Wahrung der Datenschutzgrundsätze der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) (Art. 5) verarbeitet werden. Sie dient auch der Umsetzung der DS-GVO in Bezug auf personenbezogene Beschäftigtendaten.
- (3) Alle Daten mit Informationen, die Aussagen über das Verhalten oder die Leistung von Beschäftigten treffen oder zulassen, gehören zu den personenbezogenen Daten im Sinne der DS-GVO. Dies sind insbesondere auch solche Daten, die durch IT-Anwendungen erzeugt werden und Zwecken des Datenschutzes oder der Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Anwendung dienen.
- (4) Die Dienstvereinbarung verfolgt darüber hinaus das Ziel, gemeinsame Rahmenbedingungen für die Planung, Einführung, Anwendung, Änderung und Erweiterung von IT-Anwendungen, die personenbezogene Mitarbeiterdaten beim ZDF verarbeiten, festzulegen.
- (5) Das ZDF und die Personalräte sind sich darüber einig,
 - dass die Ziele, die mit dem Einsatz von IT-Anwendungen angestrebt werden, in kooperativer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber, Personalrat und Beschäftigten verfolgt werden, und die Interessen aller Beteiligten in angemessener Form berücksichtigt werden sollen,
 - dass durch IT-Anwendungen generierte Informationen nicht dazu genutzt werden, Menschen und ihr Verhalten umfassend zu beurteilen,
 - dass IT-Anwendungen als die menschliche Arbeit unterstützende Hilfsmittel eingesetzt werden,
 - dass die Einführung und Nutzung von IT-Anwendungen unter anderem dazu dienen soll, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu erhöhen, die Qualität der Ergebnisse und Informationen zu verbessern sowie die Geschäftsleitung und die Beschäftigten in ihren Entscheidungen und Handlungen zu unterstützen. Die berechtigten Schutzinteressen der Beschäftigten haben Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen.
 - dass die Weiterentwicklung der Beschäftigten und ihr Fortkommen im Betrieb nicht durch IT-Anwendungen vorbestimmt oder wesentlich beeinflusst werden dürfen und die Grundsätze der Menschenwürde beachtet werden müssen.
- (6) Es besteht Einigkeit, dass die vorliegende Dienstvereinbarung sowie konkretisierende Anlagen zu besonderen Datenverarbeitungsprozessen als datenschutzrechtlicher Erlaubnistatbestand wirken sollen. Soweit sie die Verarbeitung personenbezogener Daten regelt oder voraussetzt, gilt sie als Erlaubnistatbestand i.S.v. Art. 88 Absatz 1 und 2 DS-GVO (Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext).

I. Geltungsbereich

§ 1 Persönlicher Geltungsbereich

Diese Dienstvereinbarung gilt für alle Beschäftigten des ZDF im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) Rheinland-Pfalz. Soweit die Dienstvereinbarung Verpflichtungen des ZDF zum Umgang mit personenbezogenen Daten enthält, gilt sie im Übrigen als Dienstanweisung des Intendanten.

§ 2 Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Dienstvereinbarung regelt die Verarbeitung personenbezogener Beschäftigtendaten sowie die Einführung und Anwendung von IT-Anwendungen des ZDF mit personenbezogenen Beschäftigtendaten.
- (2) Soweit sie die Einführung und Anwendung von IT-Anwendungen regelt, umfasst sie:
 - IT-Anwendungen, die geeignet sind, Daten von Beschäftigten zu verarbeiten und zu nutzen (§ 80 Abs. 2 Nr. 2 LPersVG Rheinland-Pfalz),
 - IT-Anwendungen, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung von Beschäftigten zu überwachen (§ 80 Abs. 2 Nr. 3 LPersVG Rheinland-Pfalz).

§ 3 Einteilung der eingesetzten IT-Anwendungen

Die beim ZDF eingesetzten IT-Anwendungen werden in zwei Gruppen eingeteilt:

a. Beschäftigtendatenverarbeitende Anwendungen

Dies sind alle Anwendungen, deren Daten eine direkte Identifikation von Beschäftigten enthalten und deren Zielsetzung hauptsächlich in der Erstellung beschäftigtenbezogener Ausgaben besteht, sowie alle Anwendungen, in denen Daten über Arbeitsabläufe und nähere Umstände geleisteter Arbeiten gespeichert sind, die sich auf einzelne Beschäftigte beziehen lassen, ohne dass die Erstellung von auf Beschäftigte bezogenen Ausgaben Hauptzweck der Anwendungsnutzung ist. Auf überschaubare, in ihrer Zusammensetzung konstante Beschäftigtengruppen bezogene Daten treten bei Auswertungen an die Stelle von auf einzelne Beschäftigte bezogene Daten.

b. Sonstige Anwendungen

Dies sind alle Anwendungen, deren Dateien keine auf Beschäftigte bezogenen Daten im Sinne von a enthalten.

II. Grundsätze zum Beschäftigtendatenschutz

§ 4 Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung und Treu und Glauben

Eine Verarbeitung von personenbezogenen Beschäftigtendaten darf gemäß Art. 5 DS-GVO nur auf Basis einer Rechtsgrundlage (Gesetz, Tarifvertrag, Dienstvereinbarung oder Einwilligungserklärung) und nach den Grundsätzen von Treu und Glauben in nachvollziehbarer Weise erfolgen.

§ 5 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses

Personenbezogene Daten von Beschäftigten dürfen für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet werden, wenn dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach Begründung des Beschäftigungsverhältnisses für dessen Durchführung oder Beendigung oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag oder einer Dienstvereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten des Personalrats erforderlich ist. Dies umfasst auch eine Erfüllung von durch Rechtsvorschriften oder Dienstvereinbarung festgelegten Pflichten sowie die Planung und Organisation der Arbeit insbesondere zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes.

§ 6 Datenverarbeitung auf Basis weiterer Rechtsgrundlagen

Eine Verarbeitung von personenbezogenen Mitarbeiterdaten auf Grundlage gesetzlicher Vorschriften bleibt vorbehalten.

§ 7 Datenverarbeitung aufgrund von Einwilligung

Ausnahmsweise kann die Verarbeitung personenbezogener Mitarbeiterdaten auf der Grundlage einer Einwilligung erfolgen. Für die Beurteilung der Freiwilligkeit der Einwilligung sind insbesondere die im Beschäftigungsverhältnis stehende Abhängigkeit der beschäftigten Personen sowie die Umstände, unter denen die Einwilligung erteilt worden ist, zu berücksichtigen. Freiwilligkeit kann insbesondere vorliegen, wenn für die beschäftigte Person ein rechtlicher oder wirtschaftlicher Vorteil erreicht wird oder das ZDF und die beschäftigte Person gleichgelagerte Interessen verfolgen. Die Einwilligung bedarf grundsätzlich der Schriftform, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Das ZDF informiert die Beschäftigten über den Zweck der Datenverarbeitung sowie das Widerrufsrecht. Soll bei einer Vielzahl von Beschäftigten eine Verarbeitung personenbezogener Daten auf Basis einer Einwilligung erfolgen, ist diese dem Personalrat vorab zur Kenntnis zu geben. Soweit die Datenverarbeitung

mitbestimmungspflichtig ist, ist der Personalrat formell zu beteiligen.

§ 8 Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO

Abweichend von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO ist die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DS-GVO für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses zulässig, wenn sie zur Ausübung von Rechten oder zur Erfüllung rechtlicher Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegt. Soweit die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung nach § 7 beruht, muss sich die Einwilligung ausdrücklich auf diese Daten beziehen.

§ 9 Zweckbindung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im ZDF erfolgt ausschließlich für konkret festgelegte Zwecke; soweit ein Mitbestimmungsverfahren durchgeführt wird, erfolgt die Festlegung des Verarbeitungszwecks im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens. Um dies zu gewährleisten, ist vor Einführung einer IT-Anwendung stets zu bestimmen und zu dokumentieren (§ 28), zu welchen Zwecken die jeweilige Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt. Eine Änderung dieser Zweckbestimmung ist nur dann zulässig, wenn diese Änderung mit der ursprünglichen Zweckbestimmung vereinbar ist, sie aus betrieblichen Gründen erforderlich ist, der Personalrat ihr zugestimmt hat und die Beschäftigten über die neue Verwendung informiert wurden. Gleiches gilt für die Zusammenführung oder Auswertung von personenbezogenen Daten aus unterschiedlichen Quellen (Verknüpfungsverbot).

§ 10 Datenminimierung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist auf das für die Zweckerfüllung notwendige Maß zu begrenzen. Es sind so wenige personenbezogene Daten zu verarbeiten, wie zur Durchführung des konkreten Verfahrens erforderlich sind.

§ 11 Anonymisierung / Pseudonymisierung

Daten und Auswertungen sind, wo immer dies möglich ist und einer Nutzung nicht entgegensteht, anonymisiert oder, wo dies nicht möglich ist, pseudonymisiert zu verarbeiten.

§ 12 Speicherbegrenzung

Personenbezogene Daten sind in den IT-Anwendungen nur so lange zu speichern, wie dies für die Zwecke ihrer Verarbeitung erforderlich ist. Die Speicherfrist wird vorab festgelegt und auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß beschränkt. Nach Ablauf der Speicherfrist sind die personenbezogenen Daten möglichst automatisiert zu löschen.

§ 13 Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen (Privacy by Design und Privacy by Default)

Zum effektiven Schutz der personenbezogenen Daten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zum Schutz vor unberechtigten Leistungs- und Verhaltenskontrollen ist bereits bei der Entwicklung von IT-Anwendungen sowie bei der Anschaffung sicherzustellen, dass die Anforderungen der DS-GVO und dieser Dienstvereinbarung erfüllt werden. Soweit eine IT-Anwendung unterschiedliche Einstellungsmöglichkeiten bietet, sind diese standardmäßig auf datenschutzfreundliche Voreinstellungen zu setzen.

§ 14 IT-Sicherheit

- (1) Zur Gewährleistung der Anforderungen des Datenschutzes sind für jede IT-Anwendung zu jeder Zeit dem Schutzbedarf der verarbeitenden Daten entsprechende angemessene technische und organisatorische IT-Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, im laufenden Betrieb sicherzustellen und regelmäßig bezüglich ihrer Wirksamkeit zu überprüfen. Die Einführung einer IT-Anwendung setzt grundsätzlich die Erstellung eines in Art und Umfang dem Risiko angemessenen IT-Sicherheitskonzeptes voraus.
- (2) Hat eine geplante Datenverarbeitung, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten der Betroffenen zur Folge (Artikel 35 DSGVO), so ist im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Hinzuziehung des Datenschutzbeauftragten vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durchzuführen.

§ 15 Berechtigungskonzepte

Die Zugriffsberechtigung und die Schnittstellen zu anderen Systemen sind abschließend und vollständig festzuschreiben. Sie sind auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

Protokollnotiz:

Bei der Vergabe von Zugriffsberechtigungen in den IT-Anwendungen ist die Prüfungstätigkeit der Revision in dem erforderlichen Umfang zu ermöglichen.

§ 16 Leistungs- und Verhaltenskontrollen/Profilabgleiche

Von IT-Anwendungen und ihnen vor- und nachgelagerten weiteren Anwendungen erzeugte Daten werden nicht zu Verhaltens- und Leistungskontrollen oder -beurteilungen verwendet, es sei denn, diese Anwendungen sind ausdrücklich für diesen Zweck bestimmt oder dienen zumindest auch diesem Zweck. Informationen, die entgegen diesem Grundsatz gewonnen wurden, dürfen nicht als Begründung oder Anlass für disziplinarische Maßnahmen verwendet werden. § 17 bleibt unberührt. Diese Verbote können im Einzelfall durch eine besondere Vereinbarung zwischen Personalrat und ZDF aufgehoben werden. Die in den Anwendungen gespeicherten Beschäftigtendaten werden nicht für die Beurteilung oder die Erstellung eines Persönlichkeitsprofils (Gegenüberstellung von Arbeitsplatzanforderungen und Mitarbeiter*innen-Beurteilungen nach vergleichenden und formalisierten Kriterien) verwendet.

§ 17 Aufdeckung von Straftaten

- (1) Jenseits von §§ 5-7 darf zur Aufdeckung von Straftaten eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten nur erfolgen, wenn
 - zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass der*die Beschäftigte im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat oder schwerwiegende Pflichtverletzung begangen hat,
 - die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Aufdeckung erforderlich ist und
 - das schutzwürdige Interesse des*der Beschäftigten an dem Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt und insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind.

Die Mitbestimmungsrechte des Personalrats nach dem LPersVG bleiben unberührt. Der Datenschutzbeauftragte und der IT-Sicherheitsbeauftragte sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten über die geplanten Maßnahmen zu informieren.
- (2) Sobald es ohne Gefährdung der Ermittlungen möglich ist, ist die*der Betroffene über die jeweilige Maßnahme zu informieren.

§ 18 Zugriffsrechte auf persönliche Verzeichnisse oder Datenträger

- (1) Ist der Zugriff auf den Inhalt der dienstlichen Daten bei Abwesenheit der*des Beschäftigten dringend erforderlich, so ist die zuständige IT-Fachabteilung auf schriftlichen Antrag der*des Vorgesetzten berechtigt,

ausschließlich diese Dateien von den persönlichen Verzeichnissen der*des Beschäftigten zu kopieren. In diesen Fällen muss der Datenschutzbeauftragte, ein Vertreter des Hauses und der zuständige Personalrat unverzüglich informiert werden. Der*die Vorgesetzte hat die*den Beschäftigten sofort nach deren*dessen Rückkehr darüber zu informieren.

- (2) Soweit im Zusammenhang mit dem Verdacht von Straftaten (§ 17) und/oder erheblichen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Nutzung von IT-Endgeräten Einsicht in persönliche Verzeichnisse oder Datenträger der*des Beschäftigten genommen wird, sollte der*die Betroffene anwesend sein. Auf die Anwesenheit der*des Betroffenen kann verzichtet werden, wenn die Einsichtnahme gegenüber dem*der Betroffenen angekündigt und dieser*diese nicht erschienen ist. In jedem Fall ist ein Vertreter des Hauses, der Datenschutzbeauftragte und ein Mitglied des zuständigen Personalrats zur Einsichtnahme hinzuzuziehen.

§ 19 Umgang mit Protokolldaten

- (1) IT-Anwendungen erstellen ggf. Protokolle. Von IT-Anwendungen erhobene, gespeicherte oder verarbeitete Daten können Rückschlüsse oder Aussagen über das Verhalten oder die Leistung von Beschäftigten erlauben. Eine Datenerhebung darf nur zu den folgenden Zwecken erfolgen:
 - Datenschutz,
 - IT-Sicherheit,
 - technische Funktionsgewährleistung und -kontrolle,
 - Behebung technischer Fehler,
 - ggf. Kostenermittlung und kostenstellengerechte Kostenzuordnung sowie
 - aufgrund gesetzlicher Anforderungen.
- (2) Zweck der Protokollierung, Protokollierungsinhalte, Speicherzeiträume und Löschung sowie Zugriffsberechtigungen sind in den in § 27 geregelten Anlagen zu dieser Dienstvereinbarung pro System aufzunehmen.
- (3) Die aufgrund systemnaher Zwecke erzeugten Protokolle dürfen ausschließlich auf Basis der Administratorenrichtlinie sowie durch die*den IT-Sicherheitsbeauftragten und seine Vertreter*innen sowie die*den Datenschutzbeauftragten eingesehen werden. Es ist nicht zulässig, so gewonnene Informationen zu anderen als den oben genannten Zwecken in irgendeiner Form weiterzugeben. Insbesondere dürfen sie nicht zu Zwecken der Verhaltens- oder Leistungskontrolle sowie zur Aufdeckung von Pflichtverletzungen verwendet werden. Eine Verarbeitung zur Aufdeckung von Straftaten gemäß § 17 bleibt unberührt. Gleiches gilt, soweit das ZDF zur Herausgabe gesetzlich verpflichtet ist.
- (4) Soweit im Rahmen der oben beschriebenen Grenzen Dienstleister eingesetzt werden, sind diese besonders sorgfältig auszuwählen und im Rahmen eines Auftragsverarbeitungsvertrages entsprechend vertraglich zu verpflichten.

§ 20 Übermittlung personenbezogener Beschäftigtendaten

Eine Übermittlung personenbezogener Beschäftigtendaten an Dritte findet nur im Rahmen eines Gesetzes, Tarifvertrages, einer Dienstvereinbarung oder mit Einwilligung des*der Mitarbeiters*in nach den Voraussetzungen der DS-GVO statt. Die Datenübermittlung an einen zukünftigen Arbeitgeber ist nur mit Einwilligung der betroffenen Person zulässig. Die Mitbestimmungsrechte des Personalrats bleiben unberührt.

§ 21 Auftragsverarbeitung

Aufträge an Dritte, die eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Beschäftigten für das ZDF zum Gegenstand haben, dürfen dieser Vereinbarung nicht widersprechen. Die gesetzlichen Vorgaben zur Auftragsverarbeitung und Datensicherheit sind einzuhalten. Fremdpersonal muss von der Firma, die das ZDF beauftragt, auf die Einhaltung des Datenschutzes durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung verpflichtet werden.

Die Regelungen dieser Dienstvereinbarung werden sinngemäß bei der Vertragsgestaltung mit externen Dienstleistern berücksichtigt. Das ZDF muss sicherstellen, dass der Personalrat seine Kontrollrechte in vollem Umfang wahrnehmen kann. Die Kontrolle für die Einhaltung der Regelungen obliegt dem Fachbereich.

III. Rechte der Beschäftigten

§ 22 Auskunftsrecht

Jeder*jede Mitarbeiter*in hat das Recht, eine Auflistung der zu seiner*ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sollte das Auskunftersuchen über die Stammdaten hinausgehen, ist zu präzisieren, auf welche Informationen oder welche Verarbeitungsvorgänge sich das Auskunftersuchen bezieht.

§ 23 Recht auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung

Unzulässig gespeicherte Daten sind zu löschen. Falsche Daten sind zu berichtigen. Kann das ZDF die Richtigkeit einzelner Daten nicht nachweisen, so sind diese zu löschen. Der Beschäftigte soll die für den Nachweis der Richtigkeit erforderlichen, nur in seinem Besitz befindlichen oder nur von ihm zu beschaffenden Unterlagen unverzüglich vorlegen. Die Empfänger von personenbezogenen Daten (Übermittlung) sind über diese Änderungen jeweils zu

informieren. Unter den Voraussetzungen¹ des Art. 18 DSGVO (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung) können Beschäftigte die eingeschränkte Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

§ 24 Information der Beschäftigten

Jeder Beschäftigte erhält bei Eintritt ins ZDF ausreichende Information zu den Regelungen des ZDF zum Umgang mit personenbezogenen Daten, den ihnen zustehenden Datenschutzrechten und dazu, wie die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte ausgeübt werden können. Darüber hinaus wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jederzeit Zugang zu den Dokumentationen nach § 28 gewährt.

§ 25 Betreuung der Systeme

Hard- und Software der informationstechnischen Systeme werden durch einen Benutzerservice betreut. Es ist sicherzustellen, dass den Beschäftigten jederzeit ein Ansprechpartner zur Verfügung steht.

¹ Art. 18 DS-GVO: 1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- a) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
 - b) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
 - c) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
 - d) die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
2. Wurde die Verarbeitung gemäß Absatz 1 eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.
3. Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung gemäß Absatz 1 erwirkt hat, wird von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

§ 26 Schulung der Mitarbeiter

- (1) Alle Beschäftigten sind ihrer Aufgabe entsprechend und kontinuierlich zu schulen. Dazu sollen mindestens gehören :
 - Grundlagen zu Datenschutz und Datensicherheit
 - Grundlagen der Informationstechnik
 - Grundsätze ergonomischer Bildschirmarbeitsplätze
 - Übersicht über einschlägige Dienstvereinbarungen
- (2) Für die Einführung von IT-Anwendungen ist ein Schulungskonzept zu entwickeln, das mit dem Personalrat im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens abzustimmen ist.

IV. Einführung und Änderung von IT-Anwendungen und Beteiligung des Personalrats

§ 27 Einführung und Änderung von IT-Anwendungen

- (1) Unmittelbar nach der Planungsentscheidung über die Einführung einer neuen Anwendung wird der zuständige Personalrat schriftlich informiert; diese Information umfasst den Leistungsumfang und geplanten Einsatzbereich der Anwendung; sie ist mit dem Personalrat auf dessen Wunsch zu beraten. Die Beteiligten sind sich einig, dass die Planungsentscheidung mit dem Beginn der Konzeptionsphase regelmäßig vorliegt.
- (2) Nach Vorlage einer detaillierten Systemspezifikation und der Dokumentation der Anwendung anhand der „Leitlinien für die Einführung, Änderung oder Erweiterung von IT-Anwendungen“ (siehe Anlage) nehmen ZDF und der zuständige Personalrat unverzüglich die weitergehende Beratung zur Einführung eines IT-Systems auf.
- (3) Für jede Anwendung der Gruppe A soll im Regelfall eine Anlage zu dieser Dienstvereinbarung erstellt werden. Die Anlage hat Dienstvereinbarungsscharakter und besteht aus der Dokumentation nach § 28 dieser Dienstvereinbarung sowie, falls vorhanden, besonderen Vereinbarungen zur Nutzung der Anwendung, die über die Regelungen dieser Dienstvereinbarung hinausgehen (z.B. Personaldispositionssysteme).
ZDF und Personalräte können einvernehmlich darauf verzichten, wenn dies (die Erstellung einer Anlage) für nicht erforderlich gehalten wird. In diesem Fall ist lediglich eine Dokumentation nach § 28 zu erstellen.
- (4) IT-Anwendungen, die der Mitbestimmung unterliegen, können nur mit Zustimmung der Personalvertretung produktiv genommen werden. Auch der Test mit Echtdateien unterliegt der Mitbestimmung.
- (5) Die Fachgruppensprecher sind frühzeitig zu informieren und unmittelbar nach der Planungsentscheidung zu beteiligen.
- (6) Bei mitbestimmungsrelevanten Änderungen von IT-Anwendungen wird der Personalrat entsprechend beteiligt.
- (7) Von diesem Verfahren sind die Einführung und Anwendung (einschließlich Änderungen) von Anwendungen ausgenommen, soweit sie zur Erfüllung einer durch Gesetz, Tarifvertrag oder Dienstvereinbarung vorgeschriebenen Aufgabe erforderlich sind.

- (8) Für jede Anwendung der Gruppe A sind die erforderlichen Informationen zum Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten gemäß Art. 30 DSGVO zu erstellen.

§ 28 Dokumentation

Im Sinne der Transparenz ist eine nachvollziehbare Dokumentation für Anwendungen der Gruppe A zu erstellen. Diese Dokumentation wird anhand der Leitlinien für die Einführung, Änderung, oder Erweiterung von IT-Anwendungen (siehe Anlage) erstellt. Sie enthält unter anderem:

- die Zweckbindung des Systems,
- die Datenfelder,
- die Stellungnahme des IT-Sicherheitsbeauftragten,
- die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten,
- die vorgesehenen Auswertungen,
- die Schnittstellen oder Verbindungen zu anderen Systemen,
- das Vorliegen einer Auftragsverarbeitung sowie den Ort der Datenverarbeitung,
- die Zugriffsberechtigungen,
- Name und Kontaktdaten des Daten- und Systemverantwortlichen,
- Löschkonzept.

§ 29 Kontroll- und Beteiligungsrechte des Personalrats

Dem oder der Personalratsvorsitzenden oder einem beauftragten Personalratsmitglied ist jederzeit² Zugang zu allen informationstechnischen Geräten und Systemen zu gewähren. Alle Beschäftigten sind verpflichtet, ihnen gegenüber Auskünfte und Einblicke in die Arbeit der Systeme zu geben.

Darüber hinaus hat der Personalrat das Recht, an Schulungen zu den IT-Systemen teilzunehmen sowie im Bedarfsfall interne wie externe Sachverständige seiner Wahl hinzuzuziehen.

§ 30 Auslegungen

Für die Auslegung und Anwendung dieser Rahmen-Dienstvereinbarung gelten die Bestimmungen des LPersVG Rheinland-Pfalz. Im Übrigen gelten die Begriffsbestimmungen der DS-GVO.

Bestehende Dienstvereinbarungen sind, soweit sie die Verarbeitung personenbezogener Beschäftigtendaten regeln, nach Maßgabe der vorliegenden Dienstvereinbarung DS-GVO-konform auszulegen und anzuwenden.

² Es besteht Einigkeit, dass diese Regelung analog § 69 Ziffer 6 LPersVG handzuhaben ist.

§ 31 Vertretungsregel

Die Unterzeichnung der nach dieser Dienstvereinbarung zu erstellenden Anlagen kann für das ZDF durch den Leiter der Hauptabteilung Personal erfolgen.

§ 32 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Punkte dieser Dienstvereinbarung ungültig sein oder ihre Gültigkeit aufgrund neuer Gesetzgebung oder Rechtsprechung verlieren, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt und weiterhin in Kraft.

§ 33 Inkrafttreten; Kündigung

Diese Dienstvereinbarung novelliert die Rahmen-Dienstvereinbarung vom 29.11.1989 in der Fassung vom 01.07.2011 und tritt mit sofortiger Wirkung für eine Probephase von zwei Jahren in Kraft. Die Personalräte und das ZDF nehmen spätestens drei Monate vor Ablauf der Probephase Gespräche über die Fortgeltung bzw. etwaige Anpassungen der Dienstvereinbarung auf.

Anlage (Leitlinien)

Mainz, 24.02.2020

Für den Personalrat der Zentrale,
die Personalräte der Landesstudios
Rheinland-Pfalz und Hessen
sowie der Auslandstudios

Für das Zweite Deutsche Fernsehen

Die Personalräte der übrigen Landesstudios haben der Vereinbarung ebenfalls mit Schreiben vom 19.12.2019 zugestimmt.

Leitlinien für die Einführung, Änderung oder Erweiterung von IT-Anwendungen (Stand 04/2023)

1. Grundaussagen

Diese Leitlinien finden Anwendung auf alle IT-Vorhaben, unabhängig davon, ob es sich um Kauf- bzw. Miet-Software oder um Softwareeigenentwicklungen handelt. Primär betrifft dies Systeme, mit oder in denen personenbezogene oder personen-beziehbare Daten verarbeitet werden. Hierzu zählen typischerweise auch personen-bezogene Login-Daten, verwendete ZDF-Accounts oder IP-Adressen, die Systeme regelmäßig z.B. in Logdateien verarbeiten. Ob es sich um ein solches System handelt, sollte im Zweifel mit der HA Personal geklärt werden, die als Koordinationsstelle zur Personalvertretung die ordnungsgemäße und zeitgerechte Beteiligung des zuständigen Personalrates sicherstellt. Die HA Personal bindet im Beteiligungsverfahren auch den Datenschutzbeauftragten und den IT-Sicherheitsbeauftragten mit ein. Unabhängig von diesem Verfahren stehen der Datenschutzbeauftragte und der IT-Sicherheitsbeauftragte den Fachbereichen jederzeit zur Beratung zur Verfügung.

Um einen zügigen Verfahrensablauf zu gewährleisten und Zeitverzögerungen im Verfahren zu vermeiden, ist die HA Personal auf die Informationen und Unterlagen der Fachbereiche und der IT-Bereiche zum IT-Vorhaben angewiesen. Die Kontaktaufnahme mit der HA Personal sollte unmittelbar nach der Planungsentscheidung über die Einführung einer neuen Anwendung erfolgen. Sie erfasst den perspektivischen Leistungsumfang und den geplanten Einsatzbereich der Anwendung.

2. Verfahren

Die Produktivnahme eines Systems bzw. einer Systemerweiterung oder der Testbeginn unter Verwendung von Echtdaten setzt die vorliegende Zustimmung des Personalrates voraus.

Zuständig für die Einleitung des Mitbestimmungsverfahrens ist der Fachbereich mit der Unterstützung des GB IST.

Die HA Personal berät die Fachbereiche. Sie prüft anhand der ihr von den Fachbereichen (anfordernder Fachbereich oder IT-Bereich) vorgelegten Unterlagen, welche personalvertretungsrechtliche Beteiligung geboten ist und veranlasst die notwendigen Verfahrensschritte.

2.1. Zur Beurteilung der Personalratsbeteiligung und Einleitung der Beteiligungsverfahren benötigt die HA Personal folgende Angaben gemäß Formular (siehe Formularsammlung im Inside):

- Zweckbestimmung des Systems
- Name und Kontaktdaten des Informationsverantwortlichen, VVT-Bezeichnung, VVT-ID*
- Benennung des nutzenden Fachbereichs / der nutzenden Fachbereiche
- Auflistung der personenbezogenen und -beziehbaren Daten, die im System gespeichert bzw. verarbeitet werden sollen, einschließlich Log-Dateien
- Erklärung zur Datenminimierung

- Erklärung zur Löschung unrichtiger Daten
- Datenfelder / Vorlage der IT-Maskenentwürfe
- Auflistung aller Systemfunktionalitäten
- Auflistung und Beschreibung der Systemfunktionalitäten, die im ZDF genutzt werden sollen
- Vorgesehene Auswertungen im ZDF
- Beschreibung der Schnittstellen oder Verbindungen zu anderen Systemen
- Berechtigungskonzept/Rollenzuschnitt (Beschreibung der Tätigkeitsbereiche/-Funktionen mit den abgestuften Zugriffsberechtigungen) unter Berücksichtigung
 - a) des Umfangs der Zugriffsberechtigung (z.B. Lese-, Schreib-, Administratorenrechte) – für die Systemadministratoren gilt das Administratorenkonzept vom 01.07.2005.
 - b) der Tiefenschärfe der Datensicht (z.B. Detailsicht, Datenverdichtung) und Begründung des Zugriffsbedarfs (funktional)
- Aufbewahrungsfristen für die gespeicherten Daten und Löschkonzept, es ist gemäß Datenschutzmanagementsystem ein Löschkonzept mit entsprechender Vorlage/Tabelle zu erstellen und als Anlage beizufügen
- Stellungnahme durch den IT-Sicherheitsbeauftragten
- Angaben zum Vorliegen einer Auftragsverarbeitung und Ort der Datenverarbeitung
- Auswirkungen auf die Mitarbeiter/innen (Leistungsverdichtung, qualitative und quantitative Änderungen der Tätigkeiten und Arbeitsabläufe, d.h. Arbeitsbelastung, Veränderung der Arbeitsplatzanforderungen etc.)
- Ergonomische Fragen zur Ausstattung der Arbeitsplätze
- Schulungskonzept
- Dienststellen, in denen die Maßnahme umgesetzt werden soll (Zentrale und/oder Studios)
- Ist ein Testverfahren geplant, wenn ja, mit Echtdaten oder mit konstruierten Daten? Testdauer? Hinweis: Die Personalräte wünschen in der Regel einen schriftlichen Erfahrungsbericht über den Testverlauf
- Rationalisierungsauswirkungen

*Das ZDF ist gemäß Art. 30 DS-GVO verpflichtet, ein Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten mit personenbezogenen Daten (VVT) zu führen. Dies betrifft sämtliche – auch teilweise – automatisierte Verarbeitungen sowie nicht automatisierte Verarbeitungen personenbezogener Daten, die in einem Dateisystem gespeichert sind oder gespeichert werden sollen. Der Informationsverantwortliche muss eine Dokumentation der Verarbeitungstätigkeiten im VVT sicherstellen. Ansprechpartner sind die Datenschutzkoordinator*innen der jeweiligen Direktionen.

3. Rechtliche Grundlagen

3.1. Rechtliche Grundlagen der Personalratsbeteiligung

- 3.1.1 Bei der Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung von IT-Anwendungen können Beteiligungsrechte der Personalvertretung bestehen. Diese können sich aus dem LPersVG Rheinland-Pfalz ergeben:

- § 80 Abs. 2 Nr. 1 LPersVG Einführung neuer Arbeitsmethoden sowie wesentliche Änderung oder wesentliche Ausweitung bestehender Arbeitsmethoden
- § 80 Abs. 2 Nr. 2 LPersVG Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung technischer Einrichtungen und Verfahren, die geeignet sind, Daten von Beschäftigten zu verarbeiten oder zu nutzen
- § 80 Abs. 2 Nr. 3 LPersVG Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung von Verfahren, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen
- § 80 Abs. 2 Nr. 4 LPersVG Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erleichterung des Arbeitsablaufes

Zudem hat der Personalrat zur Durchführung seiner Aufgaben bei den vom ZDF erwogenen Maßnahmen ein Recht, fortlaufend, umfassend und anhand der Unterlagen unterrichtet zu werden, wobei sich dies auf sämtliche Auswirkungen, die die Maßnahme auf die Beschäftigten haben kann (Folgen für Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Arbeitsinhalte, Arbeitsorganisation und Qualifikationsanforderungen), bezieht (§ 69 Abs. 2 LPersVG).

- 3.1.2 Zur Konkretisierung der personalvertretungsrechtlichen Mitbestimmung im ZDF haben sich die Personalräte mit dem ZDF auf eine „Dienstvereinbarung zum Beschäftigtendatenschutz im ZDF innerhalb und außerhalb von IT-Anwendungen“ verständigt. (vgl. Abschnitt 10 der Tarifsammlung)

3.2. **Rechtliche Grundlagen der Einbindung des Datenschutzbeauftragten**

Der Datenschutzbeauftragte des ZDF berät das Unternehmen hinsichtlich seiner Pflichten nach der DS-GVO sowie nach sonstigen Datenschutzvorschriften. Er überwacht die Einhaltung aller dem Datenschutz dienenden Vorschriften im ZDF (Art. 37 ff. Datenschutzgrundverordnung DS-GVO) und ist im Mitbestimmungsverfahren einzubinden, wenn und soweit es um personenbezogene Daten geht.

3.3. **Rechtliche Grundlagen der Beteiligung des IT-Sicherheitsbeauftragten**

Um Sicherheitskriterien frühzeitig identifizieren und bewerten zu können, ist der IT-Sicherheitsbeauftragte bei allen neuen Projekten, der Einführung neuer Tools, Veränderungen an Systemen und Verträgen mit IT-Dienstleistern einzubeziehen.

Unter IT-Sicherheit versteht man den Schutz von IT-Systemen und der auf ihnen verarbeiteten und gespeicherten Informationen vor Verlust der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit. Zur Wahrung dieser Schutzziele wurde im ZDF ein IT-Sicherheitsprozess implementiert, für dessen Entwicklung und Dokumentation der IT-Sicherheitsbeauftragte des ZDF verantwortlich ist.

Dem IT -Sicherheitsbeauftragten sind alle zur Ausübung seiner Tätigkeit erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Umfassende Informationen finden sich in Inside unter PrD/IT-Sicherheit (<http://inside.zdf.de/default.aspx?id=2789>).

Projektspezifische IT-Sicherheitskonzepte basieren auf dem in diesem Rahmen erstellten IT-Sicherheitskonzept und stellen dessen Anwendung auf ein spezifisches Projekt dar. Sie legen die Sicherheitsanforderungen des jeweiligen Projektes fest. Die Erstellung erfolgt gem. der Projektmanagementrichtlinie in der Regel in der Planungsphase.